Kommunalwahlprogramm 2025 von Die Linke

in einfacher Sprache

(Original: https://www.dielinke-bonn.de/kommunalwahl-2025/kommunalwahlprogramm)

1. Wohnen und Leben

- Günstige Mieten für alle. Ziel: 40 % aller Wohnungen sollen in öffentlicher Hand sein.
- Mehr sozialer Wohnungsbau. Es sollen jedes Jahr viele neue Sozialwohnungen entstehen.
- Öffentliche Räume für alle. Es soll mehr Orte geben, die kostenlos und ohne Konsum genutzt werden können.

Wohnen

- Alle Menschen in Bonn sollen gut und günstig wohnen können.
- Das größte Problem heute: Es gibt viel zu wenige bezahlbare Wohnungen.
- Die Hälfte aller Bonner Haushalte gibt mehr als ein Drittel ihres Einkommens nur für die Miete aus – viele sind dadurch armutsgefährdet.
- Gleichzeitig verschwinden immer mehr Sozialwohnungen, während mehr Menschen nach Bonn ziehen.
- Für die Linke gilt: Wohnen ist ein Grundrecht, keine Ware.
- Private Investoren lösen das Problem nicht – sie verschärfen es. Die Stadt muss deshalb eingreifen.
- Ziel: Viele kommunale, genossenschaftliche und solidarische Wohnprojekte.

Wir fordern:

- Aktive Bodenpolitik: Die Stadt soll ihr Vorkaufsrecht nutzen und Wohnungen/Grundstücke von großen Immobilienkonzernen kaufen.
- Rückkauf: Wohnungen, die einmal öffentlich waren, sollen zurück in städtische Hand.
- Vergabe nach Konzept, nicht nach Höchstpreis: Grundstücke sollen vor allem an die VEBOWAG (städtische Gesellschaft) und Genossenschaften gehen.

- Stärkung der VEBOWAG: Mehr Geld für Bau und Kauf neuer Wohnungen. Gewinne sollen reinvestiert werden, nicht in die Stadtkasse fließen.
- Mehr Sozialwohnungen: Jährlich sollen 1000 neue Wohnungen mit dauerhafter Sozialbindung entstehen.
- Sozialer Wohnungsbau in allen Stadtteilen nach dem Bonner Baulandmodell.
- Genossenschaftliche Wohnprojekte fördern, z. B. Mietsyndikatsmodelle.
- Erbpacht behalten, Grundstücke nicht verkaufen.

Stadtteilentwicklung

- Gute Lebensbedingungen dürfen nicht davon abhängen, in welchem Stadtteil man wohnt.
- Die Linke will verhindern, dass arme Menschen durch hohe Mieten an den Stadtrand gedrängt werden.
- Bonn soll Platz für viele Lebensweisen haben – mit Orten für Begegnung und Austausch.
- Neue Viertel sollen sozial und ökologisch gestaltet sein, nicht nur „funktional“ (wie Bundesviertel oder Campus Poppelsdorf).
- Die städtische Entwicklungsgesellschaft (SEG) soll gestärkt werden. Sie soll Flächen kaufen und Projekte entwickeln, statt alles privaten Investoren zu überlassen.
- Ziel: Quartiere so gestalten, dass keine Verdrängung durch steigende Mieten passiert.

Wir fordern:

- Aktive Bodenpolitik: SEG soll Flächen kaufen und nachnutzen.
- Mehr Förderung für benachteiligte Stadtteile, besonders bei öffentlicher Infrastruktur.
- Mehr Einkaufsmöglichkeiten vor Ort – auch durch Genossenschaften und Vereine.
- Quartiersmanagement: Nachbarschaftszentren, Jugendtreffs und Treffpunkte absichern (z. B. Castelltreff).
- Stadtteilentwicklung inklusiv und gesund gestalten.
- Milieuschutz nutzen, um Mieter*innen in einkommensschwachen Stadtteilen vor Verdrängung zu schützen.

Beteiligung und Gestaltung

- Private Investoren sollen sich dem Gemeinwohl unterordnen.
- Öffentlich-private Partnerschaften lehnt die Linke ab – oft bleiben die Kosten bei der Stadt (Beispiele: WCCB, Urban-Soul).
- Mit dem Rhein-Sieg-Kreis will die Linke Flächen nur eingeschränkt gemeinsam entwickeln – da gab es schlechte Erfahrungen.
- In Bonn gibt es genug Flächen, wenn man sie fair verteilt.
- Bürger*innen sollen stärker in die Stadtplanung einbezogen werden.
- Bauprojekte sollen über Wettbewerbe entstehen – mit mehr Vielfalt und guten Bedingungen.

Wir fordern:

- Bürger*innen an Planungen im Stadtteil beteiligen.
- Denkmalschutz beachten – auch für Gebäude aus den 1960–1980er Jahren.
- Bestehende Gebäude sanieren statt abreißen.

Stadtleben

- Die Innenstadt soll ein Ort zum Leben und Verweilen sein, nicht nur zum Einkaufen.
- Wichtig sind: Wohnraum, öffentliche Plätze ohne Konsumzwang, Kultur und Soziales.
- Sitzgelegenheiten, öffentliche Toiletten und Grünflächen müssen vorhanden sein.
- Leerstand soll genutzt werden, um neue Orte für Begegnung und Kultur zu schaffen.
- Obdachlose dürfen nicht verdrängt werden – sie brauchen gute Beratung, Notunterkünfte und Aufenthaltsräume.

Wir fordern:

- Mehr Sitzgelegenheiten, Trinkwasserspender, kostenlose Toiletten und Wickelräume.
- Straßen und Plätze begrünen.
- Das Stadthaus sanieren und auf den Flächen drumherum sozialen Wohnraum schaffen.

- Leerstehende Räume unbürokratisch für Initiativen nutzbar machen.
- Eine städtische Koordinierungsstelle für die Nutzung von Leerstand einrichten.
- Viktoriakarree erhalten – für Gastronomie, kleine Läden, günstigen Wohnraum und Uni-Bibliothek.
- Ermekeilkaserne nutzen für Wohnen, Kultur und Begegnung – mit vielen Sozialwohnungen.
- Notschlafstellen für Jugendliche rund um die Uhr öffnen.
- Housing-First-Projekte fördern: Wohnung zuerst, dann Unterstützung.
- Mehr gute, kostenlose Notunterkünfte für Wohnungslose – auch mit Tieren, mit Heizung und sanitären Anlagen.
- Extra Unterkünfte und Anlaufstellen für wohnungslose Frauen.
- Notunterkünfte mit Einzelzimmern.

2. Familien stärken, Bildung sichern, Teilhabe ermöglichen

- Genug Personal in Kitas → verlässliche Betreuung.
- Schulen sanieren, bessere Bildungschancen.
- Mehr Wohnraum für Studierende.

Junge Familien

- Unterstützung soll schon in der Schwangerschaft beginnen und in allen Lebensphasen weitergehen.
- Hebammen-Ambulanz in Bonn soll weiter ausgebaut werden.
- Schwangerschaftsabbrüche sollen als Teil der Rechte von Frauen anerkannt und in Bonn sicher möglich sein.
- Alleinerziehende brauchen besondere Unterstützung: Beratung, Betreuung, finanzielle Hilfen.
- Barrierefreiheit muss überall gelten: in Gebäuden, auf Plätzen, in Bussen.
- In öffentlichen Einrichtungen sollen geschlechtsneutrale Wickel- und Stillplätze eingerichtet werden.

Wir fordern:

- Hebammen-Ambulanz erhalten und ausbauen.

- Kommunale Angebote für sichere Schwangerschaftsabbrüche.
- Öffentliche Gebäude und Plätze barrierefrei umbauen.
- Wickel- und Stillmöglichkeiten überall, für alle.

Kinder im Kita-Alter

- Die ersten Jahre sind besonders wichtig für die Entwicklung.
- Es braucht nicht nur genug Kita-Plätze, sondern auch genug gut ausgebildetes Personal.
- Heute schließen oft Kita-Gruppen plötzlich oder arbeiten nur in Notgruppen – das ist schlecht für Kinder und Eltern.
- Meist übernehmen Frauen die Kinderbetreuung, wenn Kitas ausfallen → das verschlechtert ihre Jobchancen und Einkommen.
- Deshalb: gute Personalplanung und flexible Lösungen, z. B. Springerkräfte mit fairer Bezahlung.
- Kitas müssen so geplant werden, dass sie den tatsächlichen Bedarf decken (nicht nur nach alten Zahlen).
- Vielfalt bei den Trägern: öffentliche Einrichtungen, Elterninitiativen, nichtkirchliche und interkulturelle Kitas.
- Keine Auswahl von Personal oder Kindern nach Religion oder sexueller Identität.
- Kita- und OGS-Gebühren sollen Schritt für Schritt abgebaut werden, zuerst für Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Spielplätze

- Viele Bonner Spielplätze sind klein und langweilig.
- Die Linke will sich an guten Beispielen aus anderen Ländern orientieren.
- Spielplätze sollen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge gesehen werden, nicht nur als Auflage für Bauprojekte.
- Spielplätze sind Lern- und Begegnungsorte. Sie sind wichtig für eine kinderfreundliche Stadt.
- Sie sollen größer, vielfältiger und barrierefrei werden: mit Schattenplätzen, Wasserspielen, naturnaher Gestaltung und inklusiven Geräten.
- Eltern und Kinder sollen bei der Planung mitreden können.

Wir fordern:

- Mehr Personal in Kitas, stabile Betreuung.
- Aktive Werbung für Fachkräfte.
- Schrittweiser Abbau der Elternbeiträge für Kita und OGS.
- Mehr und bessere Spielplätze: groß, inklusiv, mit Schatten und Wasser.

Schulkinder

- Grundschulen sind sehr wichtig, weil sie die Basis für den weiteren Bildungsweg legen.
- Alle Kinder – egal aus welchem sozialen oder kulturellen Umfeld – sollen gleiche Chancen haben.
- Dafür braucht es kleine Klassen, wohnortnahe Schulen und gezielte Förderung.
- Kinderarmut darf nicht über Bildung entscheiden. Deshalb braucht es kostenloses Mittagessen, Lernmittel und Schulmaterialien.
- Schulsozialarbeit soll fester Bestandteil jeder Schule sein.
- Offene Ganztagsschulen (OGS) reichen nicht aus – mehr Plätze und bessere Qualität sind nötig.
- Ganztagsschulen sollen gebührenfrei sein.
- Flexible Schulstartzeiten können den Bedürfnissen von Jugendlichen besser entsprechen.
- Inklusion heißt: eine Schule für alle Kinder, keine frühe Trennung nach Leistung.
- Schulen brauchen gute Gebäude, moderne Ausstattung und sichere, kindgerechte Schulhöfe.
- Werbung der Bundeswehr hat in Schulen keinen Platz – politische Bildung muss zivil und unabhängig sein.

Wir fordern:

- Begrenzte Klassengrößen und wohnortnahe Schulen.
- Ausweitung des Startchancenprogramms auf mehr Bonner Schulen.
- Kostenlose Lernmittel, Schulmaterialien und Mittagessen für alle Kinder.
- Fördermittel für Kinder mit Bonn-Ausweis ohne bürokratische Hürden.
- Stärkung und dauerhafte Finanzierung der Schulsozialarbeit.

- Sofortiger Ausbau von OGS-Plätzen mit klaren Qualitätsstandards.
- Mehr gebührenfreie Ganztagsgrundschulen.
- Kommunale Verantwortung beim Ausbau von Ganztagsangeboten.
- Flexible Schulbeginnzeiten nach wissenschaftlichen Erkenntnissen.
- Mehr Gesamtschulen und inklusive Bildungsangebote.
- Investitionen in Schulgebäude, Mensen und kindgerechte Schulhöfe.
- Mehr sozialpädagogisches Fachpersonal an allen Schulformen.
- Keine Werbung der Bundeswehr an Schulen – stattdessen zivile Friedensbildung.

Jugendliche

- Jugendliche brauchen Räume, wo sie sich frei entfalten, ihre Interessen entdecken und mitreden können.
- Jugendzentren, Freizeitangebote und kulturelle Bildung sind dafür sehr wichtig.
- Queere Jugendliche brauchen besonderen Schutz vor Diskriminierung.
- Ferien- und Freizeitangebote sollen kostenlos und vielfältig sein.
- Jugendliche müssen lernen, mit digitalen Medien kritisch umzugehen, Fake News zu erkennen und Desinformation zu durchschauen.

Wir fordern:

- Ausbau von Jugendzentren und kostenlose Angebote für ehrenamtliche Jugendarbeit.
- Schutzräume und Projekte für queere Jugendliche.
- Kostenlose Ferienprogramme und vielfältige Freizeitangebote für alle Jugendlichen.
- Förderung kultureller Angebote wie Theater, Musik und Kunst.
- Stärkung der Medienkompetenz durch Workshops und Bildungsangebote zur digitalen Aufklärung.

Auszubildende

- Eine Ausbildung soll jungen Menschen Sicherheit, Anerkennung und eine gute Zukunft geben.
- Viele brechen ihre Ausbildung ab oder finden gar keinen Platz – es braucht bessere Unterstützung.

- Jugendliche mit Behinderung sollen echte Chancen auf Ausbildung im ersten Arbeitsmarkt bekommen.
- Diskriminierung und schlechte Behandlung von Azubis („Lehrjahre sind keine Herrenjahre“) darf es nicht geben.
- Ausbildung ist auch eine große Chance für junge Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte – dafür braucht es gesicherte Aufenthaltsgenehmigungen.

Wir fordern:

- Mehr Schulsozialarbeit an Berufskollegs.
- Zugang zum Bonn-Ausweis unabhängig von Berufsausbildungsbeihilfe (BAB).
- Sicher finanzierte Programme wie Jobcoach zur Begleitung von Azubis.
- Unterstützung von Beratungsstellen wie Jubebo und dem Regionalen Bildungsbüro.
- Weiterführung kommunaler Beteiligung an Projekten wie dem Karrieretag Bonn.
- Mehr und bessere Wohnheime für Azubis.
- Einrichtung einer Ombudsstelle für Azubis bei Problemen im Betrieb.
- Übernahmegarantie für Azubis der Stadt Bonn.
- Mindestens die Hälfte aller öffentlichen Ausbildungsplätze für FLINTA*-Bewerber*innen.
- Bessere Integration von Menschen mit Behinderungen in reguläre Ausbildungen.
- Sicherung des Aufenthalts für die gesamte Dauer der Ausbildung bei jungen Geflüchteten.

Studierende

- Studierende prägen Bonn als Wissenschafts- und Kulturstadt.
- Viele Hochschulen und Gebäude sind überlastet und marode – es braucht Sanierung und bessere Ausstattung.
- Bezahlbarer Wohnraum für Studierende ist knapp – mehr Wohnheime und Wohnprojekte sind nötig.
- Studieren darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen – Semesterbeiträge dürfen nicht steigen.
- Kinderbetreuung für Studierende muss verlässlich und flexibel sein.

- Psychische Belastungen sind groß – Beratungsangebote müssen ausgebaut werden.
- Forschung an Bonner Hochschulen soll zivil und gesellschaftlich verantwortungsvoll sein – keine Rüstungsforschung.
- Faire Arbeitsbedingungen für studentische Hilfskräfte und wissenschaftliches Personal sind nötig.

Wir fordern:

- Mehr bezahlbaren Wohnraum durch geförderte Wohnheime und Genossenschaften.
- Bessere ÖPNV-Anbindung der Hochschulen, besonders durch Nachtbusse.
- Mehr Kinderbetreuung für Studierende und Hochschulbeschäftigte.
- Keine Erhöhung der Semesterbeiträge – soziale Studienfinanzierung.
- Ausbau psychologischer und rechtlicher Beratungsangebote an Hochschulen.
- Sanierung und moderne Ausstattung der Hochschulgebäude.
- Faire Verträge und Bezahlung für alle Hochschulangehörigen.
- Transparenz bei Drittmitteln und ein klares Verbot von Rüstungsforschung.
- Eine verbindliche Zivilklausel für alle Bonner Hochschulen.
- Barrierefreien Zugang zu allen Hochschulen für Menschen mit Behinderung.

3. Verkehr und Klima

- Sichere und barrierefreie Mobilität für alle.
- Den ÖPNV bedarfsgerecht ausbauen und die Preise sozial gestalten.
- Bonn gut auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten.
- Die Verkehrswende konsequent fortsetzen.

Zu Fuß

- Mobilität muss sozial und ökologisch gedacht werden – der Autoverkehr darf nicht im Mittelpunkt stehen.
- Gehwege müssen sicher, breit und barrierefrei sein.
- Menschen sollen entspannt zu Fuß gehen können – ohne parkende Autos oder Radverkehr auf Gehwegen.

- Kreuzungen und Ampeln sollen so gestaltet werden, dass Fußgänger*innen Vorrang haben.
- Autofreie Innenstädte erhöhen Lebensqualität und stärken den Einzelhandel.

Wir fordern:

- Gehwege mit mindestens 2,50 m Breite, wo es baulich möglich ist.
- Plätze und Straßen mit Bäumen, Sitzmöglichkeiten, Spielplätzen und schönen Gestaltungselementen.
- Vorgezogene Gehwege an Kreuzungen für mehr Sichtbarkeit trotz parkender Autos.
- Sitzbänke in kurzen Abständen – besonders für ältere Menschen und Kinder.

Mit dem Rad

- Radfahren ist zentral für eine soziale und ökologische Verkehrswende.
- Das Fahrrad ist auf vielen Stadtstrecken bis 5 km das schnellste Verkehrsmittel.
- Radwege müssen sicher, durchgehend und klar getrennt vom Autoverkehr sein.
- Es braucht ein Netz aus Velorouten nach Vorbildern wie Kopenhagen.
- Radverkehr muss mit dem ÖPNV kombiniert werden können – mit sicheren Abstellmöglichkeiten.
- Die Linke steht hinter dem Bonner Radentscheid.

Wir fordern:

- Sanierung und klare Markierung bestehender Radwege, wo möglich mit baulicher Trennung vom Autoverkehr.
- Vollsperrung von Stockenstraße, Rathausgasse, Maximilian-, Thomas-Mann- und Teilen der Budapester Straße für Autos (Ausnahme: Tiefgaragen).
- Reduzierung des Durchgangsverkehrs in Fahrrad- und Nebenstraßen, z. B. durch Diagonalsperren und gegenläufige Einbahnstraßen.
- Ein engmaschiges Radwegenetz, sichere Abstellplätze im ganzen Stadtgebiet und stärkere Kontrollen gegen Falschparker.
- Umbau von Kreuzungen für mehr Sicherheit, nicht nur für ungehinderten Autoverkehr.
- Schneller Umbau des Bertha-von-Suttner-Platzes mit sicheren Radwegen.
- Kommunale Förderung für Fahrräder und Lastenräder.

Mit Bus und Bahn

- Ein zuverlässiger und dichter ÖPNV ist entscheidend für die Verkehrswende.
- Schienenverkehr (Bahn, Straßenbahn) spielt die wichtigste Rolle und muss ausgebaut werden.
- Busse und Bahnen sollen eng getaktet, gut vernetzt und für alle Viertel erreichbar sein.
- Gute Arbeitsbedingungen für das Personal der Stadtwerke sind notwendig.
- ÖPNV ist Daseinsvorsorge – er muss öffentlich organisiert sein.
- Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis brauchen bessere Verbindungen untereinander.

Wir fordern:

- Busse und Bahnen im 7-Minuten-Takt auf Hauptlinien (außer in Randzeiten), auf einigen Linien noch häufiger.
- Neue Ringlinien, die nicht durch das Zentrum fahren, um Fahrtzeiten zu verkürzen.
- Bessere Anbindung wichtiger Orte wie das Uniklinikum.
- Ausbau des Straßenbahnnetzes, u. a. mit einer „Westbahn/Hardtbergbahn“. Verlängerung der Linien 63 und 61.
- Prüfung weiterer Bahnverbindungen ins Umland.
- Senkung der Ticketpreise für Gelegenheitsfahrende, dauerhaftes Klima-Tagesticket.
- Auf allen innerstädtischen zweispurigen Straßen: Busspuren oder Radwege plus Vorrangschaltungen an Ampeln.
- Unterstützung für eine neue Bahnverbindung Bonn–Niederkassel–Köln sowie Ausbau der bestehenden Strecke nach Köln für S-Bahn-Takt.

Mit dem Auto

- Weniger als die Hälfte der Bonner*innen besitzt ein Auto – dennoch beanspruchen Autos die meiste Fläche.
- Um Klimaziele zu erreichen, muss Autoverkehr reduziert werden.
- Verkehrsprobleme lösen sich nicht durch mehr Autos, sondern durch weniger.
- Die Verkehrswende heißt: weniger Autos in der Innenstadt, mehr Tempo 30, mehr Parkraummanagement.

- Park & Ride-Plätze sollen Umstieg auf Bus und Bahn erleichtern.
- Falschparken muss konsequent verhindert werden, besonders auf Geh- und Radwegen.

Wir fordern:

- Tempo 30 auf allen innerstädtischen Straßen (außer auf Hauptachsen mit überregionaler Bedeutung).
- Schrittweise Reduzierung des Autoverkehrs in der Innenstadt, weniger Parkplätze oberirdisch, kein Neubau von Parkhäusern oder Tiefgaragen.
- Kein Neubau oder Ausbau von Straßen für Autos, z. B. keine Erweiterung der A565 („Tausendfüßler"), kein Venusbergtunnel, kein Ennert-Aufstieg.
- Keine Umwandlung von Ampeln/Kreuzungen in Kreisverkehre – sie sind teuer und unsicher für Fußgänger*innen.
- Ausweitung des Pilotprojekts Quartiersparkplätze, um enge Wohnstraßen vom Parkdruck zu entlasten.
- Konsequentes Vorgehen gegen Falschparkende, die Fuß- oder Radverkehr und den ÖPNV behindern.
- Keine Verbreiterung der Nordbrücke für den KFZ-Verkehr – sie widerspricht Klimaschutz und Flächenzielen.

Klimaanpassung

- Der Klimawandel trifft Bonn spürbar: mehr Hitze, mehr Starkregen, steigendes Risiko durch Hochwasser.
- Bonn muss vorbereitet sein und aktiv gegensteuern.
- Ziel ist eine klimaangepasste Stadt mit mehr Grün, weniger versiegelten Flächen und besserem Schutz vor Extremwetter.
- Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen – Anpassungsmaßnahmen sollen allen zugutekommen.

Wir fordern:

- Entsiegelung von Flächen, mehr Begrünung von Straßen, Plätzen, Dächern und Fassaden.
- Mehr Bäume und Schattenplätze in allen Stadtteilen, auch durch mobile Begrünung.
- Ausbau eines funktionierenden Netzes öffentlicher Trinkwasserbrunnen.

- Schutz vor Hochwasser durch Renaturierung von Bächen und Verbesserung von Rückhalteflächen.
- Einrichtung von „Kühle-Orte-Karten“, damit Bürger*innen im Sommer schnell schattige oder klimatisierte Orte finden.
- Ausbau von Beratungsprogrammen für Gebäudeeigentümer*innen zur klimafreundlichen Sanierung.
- Mehr Förderprogramme für Photovoltaik, Solarthermie und Wärmepumpen auf privaten und öffentlichen Gebäuden.
- Eine konsequente kommunale Wärmeplanung mit Ausbau der Fernwärme – klimaneutral und bezahlbar.

Natur und Artenschutz

- Seltene Tiere und Pflanzen in Bonn brauchen Schutzräume. Diese Gebiete sollen besser verbunden werden.
- Städtische Grünflächen und Friedhöfe sollen ökologisch bepflanzt und gepflegt werden.
- Nur heimische Pflanzen sollen genutzt werden, da fremde oder überzüchtete Arten schaden können.
- Es soll keine Chemie wie Pestizide oder Herbizide in Bonn eingesetzt werden.
- Essen in Kitas, Schulen und städtischen Einrichtungen soll bis 2035 komplett aus ökologischer und regionaler Landwirtschaft kommen.
- Städtische Flächen für Landwirtschaft oder Gärten werden nur noch an Betriebe verpachtet, die ökologisch arbeiten – am liebsten an solidarische Landwirtschaft.
- Die Stadt Bonn soll selbst mit gutem Beispiel vorangehen und regionale, ökologische Lebensmittel einkaufen.

Wir fordern:

- Schutz und bessere Vernetzung von Naturschutzgebieten und Biotopflächen.
- Nutzung von heimischen Pflanzenarten bei städtischer Bepflanzung.
- Verzicht auf Pestizide, Herbizide und Fungizide.
- Einführung verbindlicher Bio-Quoten für Essen in Kitas, Schulen und allen städtischen Einrichtungen:
    - bis 2030: 50 %
    - bis 2035: 100 %

- Nachhaltige Beschaffung für alle Produkte, die die Stadt einkauft.
- Verpachtung städtischer Flächen nur noch an ökologisch arbeitende Betriebe, bevorzugt solidarische Landwirtschaftsprojekte.
- Stadt und ihre Gesellschaften als Vorbild: regionale und ökologische Lebensmittelversorgung umsetzen.

Energiepolitik

- Klimaschutz geht nur mit einer Energieversorgung, die öffentlich, dezentral, sozial und ökologisch ist.
- Bonn soll bis spätestens 2035 klimaneutral Strom und Wärme erzeugen.
- Kohleausstieg sofort, Gasnutzung Schritt für Schritt beenden. Speicherlösungen müssen fossile Kraftwerke ersetzen.
- Die Stadtwerke sollen alle städtischen Gebäude mit Photovoltaik ausstatten.
- Energetische Sanierungen müssen gefördert werden, ohne dass Mieten unbezahlbar werden.

Wir fordern:

- Stadtwerke Bonn produzieren bis 2035 klimaneutral Strom und Wärme.
- Einsatz der Stadt für die Stilllegung des Steinkohlekraftwerks Lünen.
- Photovoltaik auf allen geeigneten städtischen Dächern innerhalb von fünf Jahren.
- Solarenergie-Nutzung und Passivhaus-Standard bei Neubauten und großen Bauprojekten.
- Pflicht zur Nutzung ökologischer Dämmstoffe in Neubauten, andere Materialien müssen nach Nachhaltigkeit bewertet werden.

Wiederverwendung und Abfallvermeidung

- Müll soll möglichst gar nicht entstehen – ansonsten trennen, wiederverwenden, recyceln.
- Verpackungsfreie Läden, Repair-Treffs und Tauschbörsen sind wichtige Vorbilder.
- Müllverbrennung soll reduziert, organische Abfälle sollen separat gesammelt werden.

Wir fordern:

- Längere Öffnungszeiten der Wertstoffhöfe für Berufstätige.

- Erhalt der Sperrmüllsammeltermine, damit Möbel weiterverwendet werden können.
- Mehr öffentliche Papiercontainer und häufigere Leerung.
- Kein Plastikgeschirr bei städtischen Veranstaltungen, Plastikvermeidung bei allen Vergaben.
- Bio-Abfälle separat sammeln und verwerten statt verbrennen.
- Müllverbrennungsanlage nur für Müll aus einem Umkreis von max. 100 km nutzen, eine Verbrennungslinie stilllegen.
- Einführung einer Verpackungssteuer nach Tübinger Vorbild, um Mehrweg zu fördern.

Tierschutz

- Tierschutz ist Teil sozialer Politik. Das Bonner Tierheim muss stark gefördert werden.
- Tiere in der Stadt sollen geschützt werden: z. B. durch Taubenhäuser oder Kastrationsprogramme für Katzen.
- In der Rheinaue sollen Nutrias sterilisiert und Wasservögel besser geschützt werden.
- Tierversuche an der Uni müssen streng kontrolliert werden.
- Feuerwerke belasten Tiere und Menschen – deshalb Einschränkungen und Verbote.
- Erfolge wie Wildtierverbot in Zirkussen oder Ende des Pferdeeinsatzes im Rosenmontagszug dürfen nicht zurückgenommen werden.

Wir fordern:

- Mehr Förderung und Ausbau des Tierheims.
- Tierschutzgerechtes Management von Stadttauben durch Taubenhäuser und Ei-Austausch.
- Katzenkastration ab drei Tagen (statt bisher 14).
- Schutz der Rheinaue: Sterilisation von Nutrias, Kükenausstiegshilfen, Ruhezonen für Wasservögel, Feuerwerksverbot.
- Einschränkung privater Feuerwerke und Ersatz durch tierschonende städtische Events.
- Jährlicher Tierschutzbericht durch das Veterinäramt.

- Strenge und unangekündigte Kontrollen bei Tierversuchen, Förderung tierversuchsfreier Alternativen.

4. Solidarische Gesellschaft

- Eine solidarische Stadtgesellschaft stellt das Miteinander in den Mittelpunkt.
- Alle Menschen in Bonn sollen gleichberechtigt teilhaben können – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Aufenthaltsstatus.
- Dafür braucht es Räume für Begegnung, Austausch und Gemeinschaft.
- Gesundheit, Sport und Kultur sind wichtige Teile eines guten Lebens – sie müssen für alle zugänglich und bezahlbar sein.
- Geflüchtete und andere benachteiligte Gruppen sollen respektiert und integriert werden.
- Barrierefreiheit und Offenheit sind Grundbedingungen für eine solidarische Stadt.

Bonn-Ausweis

- Der Bonn-Ausweis ist ein wichtiger Ausweis für Menschen mit geringem Einkommen.
- Er ermöglicht vergünstigten oder kostenlosen Zugang zu Museen, Bädern, Kultur, Sport und ÖPNV.
- Er ist ein Symbol für Solidarität und hilft gegen soziale Ausgrenzung.
- Viele Menschen wissen nicht, dass sie Anspruch haben, oder scheuen den Antrag.
- Der Bonn-Ausweis muss bekannter, einfacher und umfassender werden, damit er echte Chancengleichheit schafft.

Wir fordern:

- Fortführung des Sozialtickets für 19 € pro Monat, auch günstige Kindertickets.
- Günstiges Schülerticket für 19 € erhalten.
- Kostenfreiheit oder mindestens 50 % Preisreduktion in allen städtischen Einrichtungen (Bäder, VHS, Theater, Museen).
- Anerkennung des Bonn-Ausweises in allen geförderten Kultur-, Bildungs- und Sporteinrichtungen.

- Ausbau der Vergünstigungen z. B. bei Förderungen für Solar-Balkonkraftwerke oder Parkausweise.

Inklusion

- Rund 10 % der Menschen in Bonn leben mit Behinderungen oder Einschränkungen.
- Viele stoßen auf Barrieren: in Gebäuden, beim ÖPNV, in der Kommunikation.
- Ziel ist volle Teilhabe für alle – in Schule, Arbeit, Wohnen, Freizeit und Kultur.
- Barrierefreiheit muss verbindlich bei allen Bau- und Verkehrsprojekten gelten.
- Auch Kommunikation muss barrierefrei sein (Braille, Gebärdensprache, Leichte Sprache).
- Schutzräume für von Gewalt Betroffene müssen inklusiv und barrierefrei sein.
- Menschen mit Behinderungen brauchen bessere Chancen auf reguläre Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Wir fordern:

- Schwerbehindertenausweise innerhalb von drei Monaten nach Antrag.
- Barrierefreie Kommunikation: Förderung von Braille, Screenreader, Gebärdensprache, Leichter Sprache.
- Barrierefreiheit bei Bauprojekten und Abbau bestehender Hindernisse.
- Barrierefreie Haltestellen, Fahrzeuge und Gehwege im ÖPNV.
- Eingliederungshilfen sichern – wenn nötig, soll die Stadt selbst finanzieren.
- Mehr persönliche Assistenz, niederschwellige Zugänge.
- Ausbau barrierefreier Schutzräume für Frauen*, Kinder und Menschen mit Behinderungen.
- Freizeit- und Spielangebote so gestalten, dass sie inklusiv nutzbar sind.
- Bessere Arbeitsintegration von Menschen mit Behinderungen durch Kooperation von Stadt, Arbeitgeber*innen, Werkstätten und LVR.

Gesundheit

- Alle Menschen in Bonn sollen Zugang zu medizinischer Versorgung haben – unabhängig von Pass, Aufenthaltsstatus, Versicherung oder Obdachlosigkeit.
- Vereine wie der Anonyme Krankenschein Bonn e.V. schließen Versorgungslücken und müssen dauerhaft von der Stadt unterstützt werden.

- Wohnungslose Menschen brauchen mehr ambulante (zahn-)medizinische Hilfe direkt in Unterkünften.
- Reproduktive Gesundheit ist ein Grundrecht: Schwangerschaftsabbrüche müssen wohnortnah, sicher und ohne Hürden möglich sein.
- Das Gesundheitssystem darf nicht nur auf Profite ausgerichtet sein, sondern muss solidarisch, multiprofessionell und gemeinwohlorientiert arbeiten.
- Solidarische Stadtteilgesundheitszentren (SGZ) sollen eine wohnortnahe, ganzheitliche Versorgung für alle bieten.

Wir fordern:

- Die dauerhafte Finanzierung des Anonymen Krankenscheins, Ausweitung auf Suchthilfe-Angebote.
- Die Sicherung ausreichender und wohnortnaher Möglichkeiten für Schwangerschaftsabbrüche – auch durch kommunale Angebote.
- Die Stärkung der medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen durch ambulante (zahn-)medizinische Dienste in Unterkünften.
- Eine verlässliche Finanzierung von AIDS-Prävention und Suchthilfe.
- Die Einrichtung Solidarischer Stadtteilgesundheitszentren (SGZ) in Bonn – nach Vorbildern aus Hamburg oder Berlin, mit multiprofessioneller, gemeinnütziger Arbeit.

Sport

- Sportvereine in Bonn (fast 400) leisten einen wichtigen Beitrag für Gesundheit, Gemeinschaft und gegen soziale Barrieren.
- Auch selbstorganisierter Sport (z. B. Laufen in der Rheinaue, Skateboarden, Freibäder) braucht gute städtische Infrastruktur und Angebote.
- Viele Sportstätten in Bonn sind sanierungsbedürftig – besonders Schwimmbäder und Turnhallen. Das führt zu Sperrungen und Ausfällen für Schulen und Vereine.
- Statt Geld und Energie in Mega-Events oder Spitzensport zu stecken, soll die Stadt den Schul-, Freizeit- und Breitensport stärken.
- Ziel: gut gepflegte, barrierefreie, nachhaltige Sportanlagen für alle Bonner*innen.

Wir fordern:

- Abbau des Sanierungsstaus: Sportstätten schnell sanieren, Ausfälle vermeiden.
- Keine ersatzlosen Bäderschließungen: sofortige Sanierung des Frankenbads und Neubau des Melbbads.

- Öffentliche Sportstätten sichern und erweitern: keine Schließungen, Bau neuer Anlagen, mehr öffentliche Nutzungszeiten.
- Mehr Anlagen für Freizeitsport: Bolzplätze, Skate- und BMX-Parcours, Multifunktionsflächen.
- Nachhaltigkeit fördern: flächendeckend LED-Flutlicht, ökologische Sanierungen von Vereinsgebäuden, Beratungsangebote, Nutzung von Landesförderung.
- Bessere Pflege und Instandhaltung: regelmäßigere Pflege z. B. von Kunstrasenplätzen, mehr Hilfen für Vereine.
- Faire Vergabe von Nutzungszeiten: transparente und effiziente Verteilung städtischer Anlagen an Sportvereine.

Kultur

- Kultur umfasst nicht nur Theater, Musik oder Literatur, sondern auch Alltagskultur, Begegnung und Erinnerung.
- Kultur darf nicht für Sparmaßnahmen missbraucht werden – sonst gehen wichtige Strukturen unwiederbringlich verloren.
- Viele städtische Kulturgebäude (Oper, Schauspiel, Musikschule, Brückenforum) sind stark sanierungsbedürftig.
- Die Oper soll saniert und als offenes Kulturzentrum ganztägig genutzt werden.
- Die Musikschule ist wichtig für Bildung und Nachwuchsförderung, ihr Angebot muss erhalten bleiben.
- Erinnerungskultur muss gepflegt werden: Stadtmuseum, NS-Dokumentationszentrum, kritische Auseinandersetzung mit Kolonialzeit und Straßennamen, neue Projekte wie das „Forum Exilkultur“.
- „Dritte Orte“ wie Plätze, Bibliotheken oder nichtkommerzielle Kulturzentren sind wichtig für Austausch und Demokratie.
- Die freie Szene in Bonn braucht mehr Förderung und Sicherheit, keine Kürzungen.
- Die Alte VHS soll als selbstverwaltetes Kulturzentrum dauerhaft gesichert werden.
- Kunst im öffentlichen Raum soll demokratisch gefördert werden – mit Beteiligung lokaler Künstler*innen, nicht nur über private Mäzene (Geldgeber).

Wir fordern:

- Sanierung städtischer Kulturgebäude: energetisch, nachhaltig und ohne Verzögerung.

- Oper als Kulturzentrum: Sanierung und Ausbau zu einem ganztägig offenen Haus für verschiedene Gruppen.
- Musikschule stärken: Vielfalt der Angebote erhalten, Krankheitsausfälle mit Unterstützung durch pensionierte Lehrkräfte auffangen.
- Erinnerungskultur fördern: Errichtung eines Deserteurs-Denkmals, Erhalt von Projekten wie „Aktive Erinnerungskultur“ und Unterstützung des „Forum Exilkultur“.
- Nichtkommerzielle öffentliche Plätze erhalten und ausbauen, um Begegnung ohne Konsumzwang zu ermöglichen.
- Alte VHS sichern: langfristige Perspektive für ein selbstverwaltetes Kultur- und Begegnungszentrum.
- Freie Szene fördern: institutionelle Förderung und Projektförderung ausweiten.
- Kunst im öffentlichen Raum: Konzept zur Unterstützung lokaler und regionaler Künstler*innen, faire Bezahlung, kein Ausschluss durch Bannmeilen.

Gleichstellung, Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt

- Mehr als die Hälfte der Bonner*innen sind Frauen, aber sie und andere FLINTA*-*Personen (Frauen, Lesben, inter-, nichtbinäre, trans- und agender Personen) sind noch immer benachteiligt.
- Sie übernehmen überproportional viel Sorgearbeit, sind häufiger in unsicheren Jobs und seltener in Führungspositionen.
- Ziel ist echte Geschlechtergerechtigkeit: gleiche Chancen in allen Lebensbereichen und ökonomische Unabhängigkeit.
- Frauenhäuser, Beratungsstellen und Schutzräume brauchen bessere Finanzierung, besonders für geflüchtete oder mehrfach diskriminierte Personen.
- Queere Menschen (LSBTIAQ*) erfahren weiterhin Diskriminierung und brauchen sichere Räume, Beratungsangebote und Sichtbarkeit.
- Diskriminierung wirkt oft mehrfach (z. B. Sexismus, Rassismus, Transfeindlichkeit) – deshalb ist eine intersektionale Politik nötig.

Wir fordern:

- Ausbau von Förderprogrammen für Frauen und FLINTA*-Personen.
- Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen für langzeiterwerbslose und geringqualifizierte FLINTA*.

- Vergabe von mindestens 50 % der öffentlichen Ausbildungsplätze an FLINTA*-Bewerber.
- Verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern, Beratungsstellen und feministischen Projekten (z. B. Azade, Mädchenhaus, TuBF e. V., Autonomes Frauenhaus).
- Schaffung zusätzlicher Frauenhausplätze.
- Städtische Unterstützung für feministische Kultur- und Bildungseinrichtungen.
- Traumasensible Hilfen für geflüchtete und mehrfach marginalisierte FLINTA*.
- Sichtbare Erinnerung weiblicher und queerer Geschichte im öffentlichen Raum (z. B. bei Straßennamen).
- Dauerhafte Finanzierung von GAP, Aids-Initiative und anderen queeren Orten.
- Stärkere Förderung von Aufklärungsprojekten wie SCHLAU Bonn.
- Spezifische Angebote für queere Geflüchtete.
- Anerkennung und Berücksichtigung von Mehrfachdiskriminierung in allen städtischen Maßnahmen.
- Unterstützung intersektionaler Projekte und Selbsthilfeangebote.

Flucht und Migration

- Bonn soll eine solidarische Migrations- und Integrationspolitik verfolgen: Menschenrechte achten, Diskriminierung bekämpfen.
- Probleme liegen nicht an „zu vielen Geflüchteten“, sondern an Wohnungsmangel, fehlender Infrastruktur und schlechter Ausstattung von Schulen/Kitas.
- Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete sind inakzeptabel und müssen verhindert werden.
- Sammelunterkünfte sind oft menschenunwürdig – Ziel ist dezentrale Unterbringung in Wohnungen oder bessere Standards.
- Geflüchtete brauchen Zugang zu Bildung, Sprachkursen, Arbeit und Ausbildung – unabhängig von Aufenthaltsstatus oder „Bleibeperspektive“.
- Ehrenamtliche und Initiativen wie die Flüchtlingshilfe Bonn, „Nina & Nour“, „Mama lernt Deutsch“ oder „Anonymer Krankenschein“ leisten unverzichtbare Arbeit und müssen unterstützt werden.
- Bonn ist „Fair Trade Town“ – dieser Anspruch muss konsequent gelebt werden.

Wir fordern:

- Abschiebungen verhindern, insbesondere in Kriegsgebiete.
- Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten; verbindliche Mindeststandards für Sammelunterkünfte.
- Keine Bezahlkarte oder ausschließliche Sachleistungen.
- Ausbau von Deutschkursen; keine Ausschlüsse wegen „schlechter Bleibeperspektive“.
- Abschaffung von Arbeitsverboten und Vorrangprüfungen; Aufenthaltsgenehmigung für die gesamte Ausbildungszeit sichern.
- Unterstützung und Förderung von Ehrenamt, z. B. in der Flüchtlingshilfe Bonn.
- Gesicherte Finanzierung von Projekten wie „Komm an“, „Nina & Nour“, „Mama lernt Deutsch“.
- Dauerhafte Förderung des Vereins „Anonymer Krankenschein“.
- Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Bündnis „Städte sicherer Häfen“ und Ausbau der UNHCR-Aufnahmen („save me“-Kampagne).
- Stärkere Förderung fair gehandelter Produkte in Gastronomie, Einzelhandel und Hotellerie.

5. Solidarische Stadt

- Mehr Demokratie in Bonn: Bürger*innen sollen stärker mitreden und mitentscheiden können.
- Sanierungsstau beenden: Das Städtische Gebäudemanagement (SGB) muss neu organisiert werden, damit Schulen, Turnhallen und andere öffentliche Gebäude schneller saniert werden.
- Faire Arbeit bei der Stadt: Sichere Jobs, gute Löhne und soziale Standards sollen für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst gelten.
- Bonn soll seine Rolle als großer Arbeitgeber und öffentlicher Auftraggeber nutzen, um die Lebensbedingungen aller Menschen in der Stadt zu verbessern.
- Auch wenn die Stadt oft wenig Geld vom Bund und Land bekommt, muss sie Verantwortung übernehmen.
- Ziel ist es, faire Arbeitsbedingungen, gute Bezahlung und eine nachhaltige Wirtschaftspolitik sicherzustellen.

- Städtische Unternehmen und Investitionen sollen nicht nur auf Gewinn schauen, sondern auch soziale und ökologische Ziele verfolgen.
- Die Bürger*innen sollen stärker einbezogen werden: Entscheidungen müssen transparent und gemeinsam getroffen werden.

Kommunale Verwaltung

- Die Verwaltung soll für Bürger*innen und Beschäftigte gut funktionieren: fair, effizient und sozial.
- Gute Arbeitsbedingungen sind wichtig, damit die Stadt genug qualifiziertes Personal gewinnt und hält.
- Unsichere Jobs oder prekäre Arbeit lehnen wir ab. Stattdessen sollen unbefristete, sichere Stellen geschaffen werden.
- Reinigungskräfte sollen nicht mehr von externen Firmen kommen, sondern direkt bei der Stadt angestellt sein – mit Tariflohn und fairen Bedingungen.
- Das Städtische Gebäudemanagement (SGB) hat den Sanierungsstau nicht bewältigt. Es braucht eine Neuorganisation und neue, kommunale Strukturen für Bau und Sanierung.

Wir fordern:

- Keine Leih- und Zeitarbeit mehr in Verwaltung, Seniorenzentren und Theater – stattdessen sichere, unbefristete Stellen.
- Attraktive Arbeitsbedingungen für Fachkräfte, Nutzung aller tariflichen Möglichkeiten (z. B. Zulagen), mehr Homeoffice für bessere Work-Life-Balance.
- Rekommunalisierung der Gebäudereinigung: Alle Schulen und Kitas sollen von städtischen Reinigungskräften gepflegt werden – mit guter Bezahlung nach TVöD.
- Mehr Ausbildungsplätze bei der Stadt und eine Übernahmegarantie nach Abschluss.
- Betriebswohnungen für städtische Beschäftigte, damit sie bezahlbaren Wohnraum haben.
- Neuorganisation des SGB: zurück in die Kernverwaltung, klare Fokussierung auf Abbau des Sanierungsstaus, zusätzlich neue kommunale Baugesellschaften für große Projekte.

Arbeit und Wirtschaft

- Trotz starker Wirtschaft und großen Konzernen gibt es in Bonn viele unsichere Jobs mit zu wenig Lohn.

- Die Stadt hat Verantwortung: Sie muss sichere Arbeitsplätze schaffen und gute Bedingungen für alle garantieren.
- Arbeit soll fair bezahlt, unbefristet und existenzsichernd sein – mindestens 15 € Mindestlohn.
- Kommunale Wirtschaftspolitik soll sich am Gemeinwohl orientieren: sozial, ökologisch und gerecht.
- Öffentliche Aufgaben dürfen nicht privatisiert werden – städtisches Eigentum muss erhalten bleiben.
- Tourismus und Kultur sind wichtig, aber sie dürfen nicht die Lebensqualität der Bonner*innen verschlechtern.
- Bonn soll seine eigenen Stärken nutzen und nicht von überregionalen Institutionen abhängig sein.

Wir fordern:

- Gute Arbeit bei der Stadt: keine Leiharbeit, keine Werkverträge – stattdessen sichere Festanstellungen.
- Ausweitung der Gebäudereinigung durch städtische Angestellte, damit Lohndumping verhindert wird.
- Keine Umwandlung von Gewerbe- in Büro- oder Einzelhandelsflächen, um Arbeitsplätze zu sichern.
- Öffentliche Aufträge nur an Unternehmen, die soziale und ökologische Standards einhalten – keine Förderung von Rüstungsfirmen.
- Austritt aus überflüssigen regionalen Zusammenschlüssen wie „Metropolregion Rheinland“ oder „Region Köln-Bonn“, damit Geld in echte Bonner Projekte fließt.
- Leerstände nutzen: temporär Räume für nichtkommerzielle Angebote, vermittelt durch die Stadt.
- Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Kitas und Ganztagsschulen sollen flexiblere Zeiten bieten, angepasst an die Bedürfnisse der Eltern.

Kommunale Unternehmen

- Städtische Unternehmen sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge – sie müssen sich klar vom Profitdenken privater Firmen unterscheiden.
- Sie sollen transparent und gemeinwohlorientiert handeln, Gewinne dürfen nicht in private Hände fließen.

- Spitzengehälter in öffentlichen Unternehmen müssen deutlich gesenkt werden und an nachhaltige, gemeinwohlbezogene Ziele geknüpft sein (z. B. Klimaneutralität, weniger Ausfälle im Nahverkehr).
- Ziel ist eine Wirtschaftspolitik für Menschen und Umwelt, nicht für Konzerne oder Finanzmärkte.

Wir fordern für die Stadtwerke Bonn (SWB):

- Fokus auf bezahlbaren, zuverlässigen und klimafreundlichen Nahverkehr und ökologische Energieversorgung.
- Verschlankung der Strukturen, weniger Geschäftsführungsaufwand, um Kosten zu senken.
- Energiesparte (EnW) in kommunale Hand überführen, damit Gewinne nicht abfließen.
- Keine Investitionen mehr in fossile Kraftwerke, stattdessen Ausbau erneuerbarer Energien.
- Einführung eines Sozialtarifs für Strom mit Grundkontingent für alle Haushalte, besonders hilfreich für einkommensschwache Familien.
- Müllverbrennungsanlage als regionaler Verwertungsbetrieb nutzen, nicht profitorientiert – immer im Einklang mit Klimaschutzzielen.

Wir fordern für die Sparkasse KölnBonn:

- Erhalt eines dichten Netzes von Filialen und Automaten, besonders in schwächeren Vierteln.
- Rückbesinnung auf die Kernaufgabe: Beratung, Kredite für Bürger*innen, regionale Wirtschaft und soziale Projekte.
- Senkung der Überziehungszinsen.
- Deutlich niedrigere Vorstandsgehälter und mehr Frauen im Vorstand für eine faire, ausgewogene Führung.

Kommunale Demokratie

- Demokratie bedeutet mehr als Wahlen – sie lebt vom Austausch zwischen Bürger*innen und Politik.
- Kommunale Demokratie entscheidet darüber, ob Menschen das Gefühl haben, ihre Lebensumstände wirklich mitgestalten zu können.
- Bonn braucht eine transparente, handlungsfähige Verwaltung, die politische Beschlüsse schnell umsetzt.

- Bürgerbeteiligung darf nicht folgenlos bleiben: Ergebnisse müssen sichtbar und verbindlich sein.
- Ratsbürgerentscheide und Bürgerbeteiligung sollen auf zentrale Themen angewendet werden, mit niedrigeren Hürden für Jugendliche und ohne übermäßige Bürokratie.

Wir fordern:

- Weiterentwicklung der Leitlinien Bürgerbeteiligung, mit verbindlichen Ergebnissen und schneller Umsetzung.
- Absenkung des Altersquorums auf 14 Jahre, damit Jugendliche aktiv mitgestalten können.
- Einen echten Bürger*innen-Haushalt und transparente Mitmach-Budgets, inkl. Rechenschaftspflicht über die Umsetzung.
- Kostensparende Beteiligungsverfahren ohne teure externe Agenturen – die Stadtverwaltung soll Standardverfahren selbst moderieren.
- Entbürokratisierung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, damit direkte Demokratie leichter zugänglich wird.
- Stärkung der Bezirksvertretungen mit klaren Kompetenzen und finanziellen Befugnissen.
- Ratsbürgerentscheide bei großen Projekten, damit zentrale Entscheidungen nur mit breiter Unterstützung getroffen werden.
- Bürger*innenbefragungen dort, wo Bürgerentscheide rechtlich nicht möglich sind.

Finanzen

- Bonn hat in den letzten Jahren den Nothaushalt beendet und Überschüsse erzielt – entgegen oft negativer öffentlicher Darstellung.
- Kommunale Finanzen sind stark von externen Krisen und Konjunktur abhängig – Sparpolitik bei Krisen ist falsch.
- Die hohe Verschuldung liegt an einer ungerechten Steuerpolitik von Bund und Land – deshalb braucht es eine Altschuldenregelung.
- Die Stadt soll sich auf dringend notwendige Investitionen konzentrieren, statt auf Prestigeprojekte.
- Ein ausgeglichener Haushalt ist kein Selbstzweck – Investitionen sind notwendig, wenn sie sozial gerecht und zukunftssichernd sind.

Wir fordern:

- Soziales, Wohnen, Betreuung, Klimaschutz, Kultur, Sport und Verkehr müssen Vorrang haben.
- Keine Belastung des Wohnens durch kommunale Steuern – z. B. Senkung der Grundsteuer B für Wohnraum beibehalten.
- Gewerbesteuer konsequent nutzen und mehr städtische Gewerbesteuerprüfer*innen einstellen, besonders für große Konzerne.
- Reduzierung externer Beraterkosten.
- Effiziente Verwaltung mit guten Arbeitsbedingungen: Personalaufwuchs nur bei echter Notwendigkeit, spürbare Verbesserungen müssen folgen.
- Ethische und ökologische Anlagemodelle für städtische Rücklagen.
- Maßvolle Vorstandsgehälter und Bonuszahlungen nur bei nachhaltigen Erfolgen.
- Altschuldenregelung durch Bund und Land, damit Bonn finanziell handlungsfähig bleibt.